



Atomausstieg

Washington entscheidet

Klaus Stratmann Berlin

Ein Mangel an Transparenz, der Schiedsgerichten gerne unterstellt wird, kann man dem bei der Weltbank in Washington angesiedelten Gremium nicht vorwerfen: Seit Montag überträgt das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) die mündliche Verhandlung im Verfahren zwischen Vattenfall und der Bundesrepublik Deutschland per Livestream im Internet. Die mündliche Verhandlung ist bis zum 21. Oktober terminiert, ein Urteil wird nicht vor 2017 erwartet.

Für die Bundesrepublik geht es um viel Geld: Der schwedische Energiekonzern verlangt 4,6 Milliarden Euro wegen des eilig beschlossenen Atomausstiegs nach der Atomkatastrophe von Fukushima im Frühjahr 2011. Die beiden Reaktoren Krümmel und Brunsbüttel waren damit aus dem Rennen, Vattenfall will dafür Schadensersatz.

Als ausländischer Konzern kann sich das schwedische Unternehmen - im Gegensatz zu den anderen Kernkraftwerksbetreibern in Deutschland - auf die Investitionsschutzregeln des internationalen Energiecharta-Vertrags (ECT) berufen. Der Vertrag schützt ausländische Investoren in den Unterzeichnerländern vor Eingriffen in Eigentumsrechte. Jedes Unterzeichnerland „fördert und schafft stabile, gerechte, günstige und transparente Bedingungen für Investoren“ aus anderen Unterzeichnerländern, heißt es in Artikel 10 des Energiecharta-Vertrags.

Solaranlage: Die Energiewende wird teurer als zunächst angenommen.

nicht zutreffend. So enthalte die Studie kein einziges Kapitel, das die Nutzenseite darstellen würde, kritisierte Herman Falk, Geschäftsführer des Bundesverbands Erneuerbare Energie. Gleichzeitig setze sie aber teilweise Investition mit Kosten gleich. Ähnlich argumentiert Felix Matthes vom Öko-Institut. „Man müsste ja auch ohne EEG in neue Anlagen investieren“, sagte Matthes dem Handelsblatt. Die Kosten für Strom aus neuen Gas- oder Kohlekraftwerken lägen in etwa auf dem Niveau von Wind- und Sonnenstrom. Das sei also ein „Nullsummenspiel“, man dürfe sich nicht von hohen Beträgen blenden lassen. „Die Systemkosten für die Stromversorgung liegen nun einmal bei rund 60 bis 70 Milliarden Euro pro Jahr“, sagte Matthes, „natürlich waren die Anlaufkosten anfangs hoch und zu einem Teil auch vermeidbar.“

Gleichwohl entfachen die Berechnungen die Debatte über die Finanzierung der Energiewende neu. Und auch der „Klimaschutzplan 2050“, den die Bundesregierung im November verabschieden will, sieht vor, „die Anreiz- und Lenkungswirkung derzeit bestehender, hoheitlich veranlasster Energiepreisbestandteile in Form von Abgaben, Umlagen und Steuern bis Mitte 2017 zu überprüfen“. Die Debatte über die Finanzierung der Energiewende hat also gerade erst begonnen.



Ökonom Haucap: Risiken für deutsche Industriebetriebe.

Vernichtetes Vermögen

Aus Sicht von Vattenfall hat die Bundesregierung mit ihren Beschlüssen zum Ausstieg aus der Kernkraft Vermögenswerte vernichtet. Im Vertrauen auf die Laufzeitverlängerung von Ende 2010 habe man in die beiden Meiler Krümmel und Brunsbüttel investiert. Mit den Beschlüssen zum Atomausstieg von 2011 seien diese Investitionen wertlos geworden.

Vattenfall hat mit dem Schiedsgericht gute Erfahrungen gemacht: 2009 verklagte das Unternehmen die Bundesrepublik wegen der Verschärfung von Auflagen für sein Kohlekraftwerk in Moorburg auf Schadensersatz von 1,4 Milliarden Euro. Allein die Ankündigung der Klage hatte damals in der Bundesregierung für Irritation gesorgt. Denn westliche Demokratien mit rechtsstaatlichen Prinzipien inklusive funktionierender Gerichtsbarkeit sehen sich nur ungern vor das ICSID gezerrt. Vattenfall musste im Fall Moorburg nicht lange auf Entschädigung warten. Im August 2010 legten beide Seiten den Streit bei, ohne das Verfahren zu Ende zu bringen. Über die Höhe der Zahlung der Bundesrepublik an Vattenfall wurde Stillschweigen vereinbart. Insider sagen, Vattenfall könne das Ergebnis als „vollen Erfolg“ verbuchen.

Klaus Stratmann Berlin

Der Bundeshaushalt 2016 hat ein Volumen von 316,9 Milliarden Euro. Eine beeindruckende Zahl. Doch der Betrag nimmt sich im Vergleich zu den Kosten der Energiewende bescheiden aus. Sie summieren sich von 2000 bis 2025 auf 520 Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis kommt Justus Haucap, Leiter des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomik, in einem am Montag vorgestellten Gutachten.

Angesichts dieser Berechnungen erscheinen frühere Aussagen zu den Kosten weit verfehlt. So hatte der einstige Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) versprochen, die Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien würden einen durchschnittlichen Haushalt monatlich gerade einmal so viel kosten „wie eine Kugel Eis“. Das ist zwölf Jahre her. Seitdem hat sich viel getan. Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), macht daher heute eine ganz andere Rechnung auf als Jürgen Trittin: Eine vierköpfige Familie bezahle rechnerisch bis 2025 insgesamt „über 25.000 Euro“ für die Energiewende. Die INSM, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert wird, hatte die DICE-Studie in Auftrag gegeben.

Auch die Wirtschaft leidet

Die Kosten für die Energiewende schlagen sich auch in den deutschen Industriestrompreisen nieder. Sie gehören zu den höchsten in Europa. Zwar ist der Strom im Großhandel europaweit überwiegend sehr günstig, doch in Deutschland kommen zahlreiche Umlagen hinzu, etwa die Umlage für die Förderung der Stromproduktion aus regenerativen Quellen nach dem Er-

Strompreise geraten außer Kontrolle

Die Zahlen sind alarmierend: Bis zum Jahr 2025 wird die Energiewende Kosten von 520 Milliarden Euro verursacht haben. **In der Wirtschaft wächst die Angst vor weiter steigenden Preisen.**

neuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Darum ist der Strom in Deutschland teurer als anderswo. Allein die EEG-Umlage beläuft sich Jahr für Jahr auf Beträge jenseits der 20-Milliarden-Euro-Grenze, Tendenz steigend.

Zu tragen ist die Umlage von allen Stromverbrauchern. Ausnahmen gelten nur für gut 2000 Industriebetriebe. Sie profitieren von einer stark reduzierten EEG-Umlage. Diese Industrieprivilegien haben ein Volumen von rund fünf Milliarden Euro pro Jahr. Um diesen Betrag erhöht sich die Umlage für die nicht privilegierten Verbraucher, also private Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und die nicht privilegierten Industriebetriebe.

Für Unternehmen, für die die EEG-Ausnahmen nicht gelten, sind

die hohen Strompreise zur Belastung geworden. „Wenn ein US-Unternehmen sechs Cent je Kilowattstunde Strom zahlt, wir aber fast sieben Cent allein für die EEG-Umlage, dann wird schnell klar, dass wir ein echtes Problem haben“, heißt es etwa beim Gesamtverband der Textil- und Modeindustrie. Die Mitgliedsunternehmen, die beispielsweise technische Gewebe für den Fahrzeugbau herstellen, haben mitunter Stromkostenanteile an der Bruttowertschöpfung von zwölf oder 13 Prozent. Die EEG-Ausnahmen greifen aber erst bei einem höheren Stromkostenanteil.

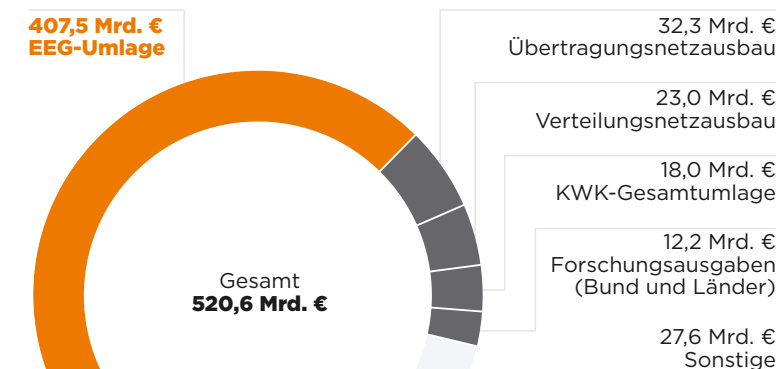
Doch die EEG-Umlage ist nicht der einzige Kostentreiber. DICE-Chef Haucap macht folgende Rechnung auf: Die Kosten der EEG-För-

derung von Strom aus erneuerbaren Quellen beziffert der Hochschullehrer auf 408 Milliarden Euro von 2000 bis 2025. Hinzu kommen die Kosten für den Ausbau der Netze, Haucap setzt 56 Milliarden Euro für den gesamten Zeitraum an. Neben weiteren kleineren Posten - etwa für das Bereithalten von Kohlekraftwerken in Engpass-Situationen - kommen die Kosten für zinsgünstige Darlehen der KfW sowie Kosten der Forschungsförderung im Bereich der erneuerbaren Energien hinzu. Macht unterem Strich 520 Milliarden Euro, wovon zwischen 2000 und 2016 erst 150 Milliarden angefallen sind. Weitere 370 Milliarden Euro liegen bis 2025 also noch vor uns. Die Kosten werden nach Haucaps Berechnungen in

Teure Energiewende

Kosten bis 2025, Angaben in Mrd. Euro

407,5 Mrd. € EEG-Umlage



EEG-Umlage für Stromkunden in Cent je Kilowattstunde



den kommenden Jahren also noch deutlich steigen.

Diese Prognose wird von niemandem ernsthaft bestritten. Einen Beleg für den Anstieg wird es voraussichtlich noch in dieser Woche geben: Am Freitag wird die EEG-Umlage für 2017 bekanntgegeben. Schätzungen zufolge wird sie von derzeit 6,354 Cent je Kilowattstunde Strom auf rund sieben Cent steigen. Damit hätte sich die Umlage seit 2003 versiebzehnfacht.

Erst vor wenigen Tagen hatte das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) eine Studie vorgelegt, der zufolge die EEG-Umlage von zuletzt 22 Milliarden Euro 2017 im ungünstigsten Fall auf 25,8 Milliarden Euro steigt. 2025 könnte sie dann bereits mit 32,9 Milliarden Euro zu

Buche schlagen. Auch die Kosten für den Netzausbau dürften eher noch steigen. Auslöser ist die Entscheidung der Politik, die geplanten „Stromautobahnen“ von Nord nach Süddeutschland überwiegend unterirdisch zu verlegen.

Summa summarum könnte sich eine Warnung des damaligen Bundesumweltministers Peter Altmaier (CDU) bewahrheiten. Er hatte Anfang 2013 gesagt, die Kosten der Energiewende und des Umbaus unserer Energieversorgung könnten sich „bis Ende der 30er-Jahre dieses Jahrhunderts auf rund eine Billion Euro summieren“. Dafür war er damals stark kritisiert worden.

Aus Sicht der Erneuerbare-Energien-Branche sind die aktuellen Berechnungen von Justus Haucap

„Eine vierköpfige Familie bezahlt rechnerisch bis 2025 insgesamt über 25.000 Euro für die Energiewende.“

Hubertus Pellengahr
INSM-Geschäftsführer